

Studiengebühren? Aber bitte mit Hirn!

Die Pläne der Landesregierung

In der vergangenen Woche hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf zum Hochschulgebührengesetz eingebracht. Dieser Entwurf von Wissenschaftsminister Frankenberg weicht in etlichen Punkten von früheren Entwürfen ab und stellt das erklärte Ziel der Sozialverträglichkeit in Frage.

Zunächst sollen alle Studierenden, die ein Darlehen für ihr Studium aufnehmen müssen auf dieses **5,9% Zinsen** zahlen. Dies führt dazu, das an den geplanten Gebühren vor allem die Banken verdienen.

Des weiteren wurde die Höchstgrenze der Verschuldung durch Studiengebühren und Bafög gegenüber früheren Modellen deutlich auf nun **15.000 Euro** erhöht. Andere Bundesländer haben sich bereits auf 10.000 Euro geeinigt.

Unser Gegenentwurf

Seit Beginn der Debatte um Studiengebühren wirbt die Liberale Hochschulgruppe für das Modell der **autonomen Hochschulen**. Diesen sollen dann eigenverantwortlich Entgelte für ihre Angebote erheben können. Auch unser erstes Ziel dabei ist die **Sozialverträglichkeit**. Jeder junge Mensch, der studieren möchte, muss

sich das auch leisten können. Dies kann nur durch vollständig **nachlaufende Entgelte** erreicht werden. Diese werden erst dann fällig, wenn der Absolvent in das Berufsleben eintritt. So wird ein kompliziertes und teures Darlehenssystem vermieden.

Unsere Forderungen

Nicht nur, das der Gesetzentwurf im Vorfeld kaum diskutiert wurde, jetzt soll er auch noch im Eilverfahren durch den Landtag gehen, um eine Auswirkung auf die Landtagswahl zu verhindern.

Die Liberale Hochschulgruppe fordert die Regierungskoalition und besonders die FDP/DVP-Fraktion auf, diesen unausgereiften Entwurf nicht ohne Korrekturen zu beschließen. Der gegenwärtige Entwurf gefährdet die soziale Gerechtigkeit an den Hochschulen in Baden-Württemberg.

Wir fordern euch daher auf, der Landesregierung klar zu machen, das es so nicht geht. Am besten per eMail unter poststelle@mwk.bwl.de

www.lhg-bw.de

